

Neue Westfälische vom 3. Dezember 2003

Der lange Weg zur Großstadt Die kommunale Gebietsreform Thema in den Ravensberger Blättern



Die kommunale Gebietsreform Thema in den Ravensberger Blättern: Martin Tabaczek, Archivar Joachim Wibbing, Professor Reinhard Vogelsang, ehemals Leiter des Bielefelder Stadtarchivs, Uli Kahmann, Bärbel Sunderbrink vom Stadtarchiv und Jürgen Büschenfeld. Die Ravensberger Blätter sind das Organ des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg.

Bielefeld. Das Jubiläum wurde nicht groß gefeiert. In diesem Jahr jährte sich die kommunale Gebietsreform zum 30. Mal. Das Datum war der 1. Januar 1973. Die Ravensberger Blätter, Organ des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, haben der Gebietsreform in ihrer jüngsten Ausgabe breiten Raum gewidmet.

Dabei beleuchten die vier Historiker Uli Kahmann, Joachim Wibbing, Reinhard Vogelsang und Jürgen Büschenfeld das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Uli Kahmann beschäftigt sich mit der Territorialgeschichte des Landkreises und der Stadt Bielefeld. genau 157 Jahre, von 1816 bis 1973, bestand der Landkreis. Kahmann bringt es auf den Punkt: „Die Gebietsreform von 1973 brachte eine lang andauernde Entwicklung zum Abschluss, in der sich der unbedeutende Flecken ‚Bilvelde‘ im Laufe der Jahrhunderte allmählich zum wirtschaftlichen

Zentrum seines Umlandes herausgebildet hatte, bis eben dieses Umland ganz mit dem Zentrum verschmolz.“

Die Folge der Gebietsreform ist eine ungleiche Proportion: Flächenmäßig steht Bielefeld an 9. Stelle unter den Großstädten Deutschlands, von der Einwohnerzahl aber nur an 18. Stelle.

Joachim Wibbing beschäftigt sich mit der Schildescher Eingemeindung im Jahr 1930. Dabei stellt der Archivar klar, dass es der Schildescher Amtmann Konrad Rappold war, der den Anschluss vorantrieb.

Die Gebietsreform von 1973, so Professor Reinhard Vogelsang, ehemaliger Leiter des Bielefelder Stadtarchivs, war letztlich ein Werk der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Denn die Standpunkte zwischen Stadt Bielefeld einerseits und dem Landkreis andererseits standen sich unversöhnlich gegenüber.

Besonders die südlichen Gemeinden erwiesen sich als hartnäckige Gegner der Eingemeindung, da sie den Verlust ihrer Eigenständigkeit befürchteten.

Es war der damalige Landrat Klaus Schwickert (SPD), späterer Oberbürgermeister von Bielefeld, der 1972 umschwenkte und auch einer „großen Lösung“ zustimmte. Die Alternative, der Anschluss der Südgemeinden an einen künftigen Kreis Gütersloh, erschien ihm als das größere Übel.

Für die Historiker ist völlig klar, dass die Kommune nicht für alle Zeit so bleiben wird. „Bielefeld und das Umland sind der führende Raum in Nordrhein-Westfalen, in dem sich alles verdichtet“, so Vogelsang. Die Städte Gütersloh, Bielefeld und Herford würden auf lange Sicht zusammen wachsen.

Vogelsang: „Im Grunde genommen bräuchten wir jetzt schon eine S-Bahn, die diese Räume miteinander verbindet.“ Wenn man erst mit der Planung beginne, wenn das Kind schon im Brunnen liege, sei es bereits zu spät.

© Neue Westfälische